

Bau- und Umweltausschuss des Bezirks Unterfranken beschließt ehrgeizige Klimaschutzziele

90 Prozent weniger Treibhausgasemissionen bis 2050

Ehrgeizige Ziele verfolgt der Bau- und Umweltausschuss des Bezirks Unterfranken beim Klimaschutz. Bis zum Jahr 2050 sollen die von seinen Liegenschaften ausgehenden Treibhausgasemissionen gegenüber dem Jahr 1990 um 65 Prozent sinken. Bis 2050 wird sogar eine Minderung um 90 Prozent angestrebt. Das hat der Bau- und Umweltausschuss am Donnerstag bei einer Gegenstimme beschlossen. Wie Klimaschutzmanager Viktor Antlitz vorrechnete, werde damit sogar das deutsche Klimaschutzziel um weitere zehn Prozentpunkte übertroffen.

Insgesamt beliefen sich die Treibhausgasemissionen des Bezirks derzeit auf knapp 11 900 Tonnen pro Jahr. Das sei zwar erheblich weniger als noch vor 30 Jahren, als dieser Wert bei 18 700 Tonnen lag, aber dennoch lasse sich das angestrebte Ziel mit der momentanen Entwicklung nicht erreichen. Verantwortlich für die Luftschadstoffe seien sowohl die Verwaltungsgebäude als auch die Bezirkseinrichtungen – insbesondere die Krankenhäuser und Heime. Als künftige Klimaschutzstrategie schlug Antlitz einen Mix aus höherer Energieeffizienz, reduziertem Energieverbrauch und verstärkter Nutzung erneuerbarer Energien vor.

Was dies konkret bedeute, veranschaulichte Antlitz an ein paar kleinen Beispielen: „Um das deutsche Klimaschutzziel zu erreichen, dürfte der gesamte Bezirk im Jahr 2050 für seine Wärmegewinnung nur mehr so viel Energie verbrauchen wie heute allein die beiden Bezirkskrankenhäuser in Lohr und Werneck.“ Der Strombedarf werde derzeit zu etwa vier Prozent durch eigene Photovoltaikanlagen mit einer Gesamtfläche von rund 4500 Quadratmetern gedeckt. Selbst beim Minimal Klimaschutzziel der Bundesregierung würde eine Fläche von 15 000 Quadratmetern für die bezirklichen Photovoltaik-



Erneuerbare Energieträger sind ein wichtiger Faktor für die Reduzierung von Treibhausgasen. Das Foto zeigt die Photovoltaikanlage auf dem Zentrum für Seelische Gesundheit mit Blick auf Festung und Kappel.

FOTO: ANTLITZ

anlagen notwendig. Allerdings hält es Antlitz nicht für sinnvoll, sich an den deutschen Minimalzielen zu orientieren: „Die Ver-

schärfung dieser Ziele wird bereits diskutiert.“ Um langfristige Planungssicherheit zu erreichen, schlug er vor, „bereits heute“ von

strengeren Zielvorgaben auszugehen. Bei den Ausschussmitgliedern stieß der Klimaschutzmanager damit auf offene Ohren. Bezirksstagspräsident Erwin Dotzel wies auf die Vorreiterrolle hin, die der Bezirk Unterfranken schon in früheren Jahren eingenommen habe. So sei der vom Bezirk errichteten „Klinik am Greinberg“ schon im Dezember 2015 vom bayerischen Gesundheitsministerium die Auszeichnung „Green Hospital Bayern“ verliehen worden. Zudem habe Unterfranken im Gegensatz zu den meisten anderen Bezirken seine Krankenhäuser nicht ausgegliedert und sei daher der Bezirk mit der größten Beschäftigtenzahl bayernweit. Hülya Diüber betonte

in Namen der CSU-Fraktion, dass die Ziele zwar ambitioniert seien, „aber es ist richtig, sich hohe Ziele zu stecken!“ Karin Renner verwies darauf, dass man „auch in der Vergangenheit nicht geschlafen“ habe. Aber man könne immer besser werden.

Thomas Zöllner (Freie Wähler) schloss sich dieser Auffassung an. Dem Klimaschutzziel könne man folgen, sagte er. Beim Ausbau der Photovoltaik seien neue Wege denkbar, etwa die Anlagen an Wänden zu installieren, und bei der Errichtung neuer Gebäude wäre die Verwendung nachhaltiger Baumaterialien wie zum Beispiel Holz möglich.

Eine deutliche Unterstützung kam auch von Klara May (Bünd-

nis 90/Die Grünen). Momentan würden die Ziele des Pariser Klimaschutzabkommens noch verfehlt. „Wir müssen mehr tun!“, forderte sie. Adelheid Zimmermann (FDP) appellierte für mehr Optimismus. „Vor uns liegen noch 30 Jahre technologische Entwicklungen“, sagte sie. Diese solle man mitmachen, zum Beispiel bei Fragen der Energiespeicherung. Auch Bernhard Ruß unterstützte die Aktivitäten. „Die SPD-Fraktion bekennt sich zu den Klimaschutzzielen!“, sagte er.

Alfred Schmitt (AfD) bezeichnete die Klimaschutzpolitik hingegen als „politischen Irrweg“ und meinte, „das Treibhausmodell ist eine Theorie, die durch nichts belegt ist“. > MARKUS MAURITZ

INFO Klimaschutzmanager

Der Klimaschutzmanager des Bezirks wird zwei Jahre lang aus Mitteln des Bundesumweltministeriums von der PTJ-Jülich gefördert und steht im Zusammenhang mit der Umsetzung der Klimaziele der Bundesregierung. Mit der Nationalen Klimaschutzinitiative initiiert und fördert das Bundesumweltministerium seit 2008 Projekte, die einen Beitrag zur Senkung der Treibhausgasemissionen leisten. Ihre Programme und Projekte decken ein breites Spektrum an Klimaschutzaktivitäten ab: Von der Entwicklung langfristiger Strategien bis hin zu konkreten Hilfestellungen und investiven Fördermaßnahmen. Die Nationale Klimaschutzinitiative trägt zu einer Verankerung des Klimaschutzes vor Ort bei. Von ihr profitieren Verbraucher*innen ebenso wie Unternehmen, Kommunen oder Bildungseinrichtungen.

Weitere Online-Seminare der Laienspielberaterin

Am Theaterdorfplatz

Nach den ersten fünf Online-Seminaren unter dem Motto „Am Theaterdorfplatz – Kirwagsprache und Bühnenschmankerl to go“ setzt Eva-Maria Eiberger, die Laienspielberaterin des Bezirks Oberpfalz, die erfolgreiche Reihe für Theatermacher mit interessanten Themen fort.

Seit 24. März geht es immer mittwochsabend um weiteren drei Terminen rund um Fragen des Theaters. Auf der Agenda stehen: • 7. April: „Probier’s mal!“ – Regisseurin Eva-Maria Eiberger gibt Anregungen für strukturierte Probenplanung, ideale Probenvorbereitung und effektive Abläufe für Spielleiter und Schauspieler.

• 14. April: „Aber sicher doch!“ – Versicherungsreferent Tino Braunschweig gibt einen Überblick über Versicherungen bei Theaterveranstaltungen.

• 21. April: „Kamera an!“ – Regisseurin Eva-Maria Eiberger verweist sich an einer digitalen Mini-Inszenierung – ein Experiment. Die Gespräche bauen nicht aufeinander auf, Interessierte müssen also nicht zwingend an allen Terminen teilnehmen.

Die kostenlosen Online-Seminare starten jeweils mittwochs um 18.30 Uhr und sind immer zu Be-



Eva-Maria Eiberger ist die Laienspielberaterin des Bezirks Oberpfalz. FOTO: BEZIRK OBERPFALZ/GÜNTHER BONACK

ginn der Tagesschau, also um 20 Uhr, beendet.

„Nötig sind ein ruhiger Ort und eine gute Internetverbindung des PCs, Laptops oder Tablets, die mit Kamera und Mikrofon ausgerüstet sein sollten“, erläutert die Laienspielberaterin die technische Ausstattung. Anmeldungen nimmt sie gerne bis zum Vortag des jeweiligen Seminars unter eva-maria.eiberger@bezirk-oberpfalz.de entgegen. Die Zugangsdaten für die Teilnahme werden rechtzeitig per Mail übermittelt. > BSZ

Beschluss des Bezirksausschusses

Zusätzliche Förderstättenplätze in Bayreuth

Am Mittwoch, dem 3. März, tagte der Bezirksausschuss unter der Leitung von Bezirksstagspräsident Henry Schramm. Dabei wurden wichtige Maßnahmen im sozialen Bereich beschlossen und der Weg für eine neue Maschinen- und Mehrzweckhalle für die Landwirtschaftlichen Lehranstalten in Bayreuth freigegeben.

Der Bezirksausschuss befasste sich mit dem Antrag der Lebenswerk gGmbH Bayreuth auf Bedarfsanerkennung für 24 zusätzliche Förderstättenplätze. Bisher war der sogenannte Förderbereich mit zwölf Plätzen im Gebäude der Werkstatt für Menschen mit Behinderung in der Ritter-von-Eitzenberger-Straße in Bayreuth untergebracht, das im August 2020 durch einen Brand zerstört wurde. Der Träger beabsichtigt einen Neubau der Werkstatt. Im Rahmen des Neubaus soll auch eine eigene Förderstätte für insgesamt 36 Menschen mit Behinderung errichtet werden. Die Kapazität der Förderstätte soll um 24 Plätze erweitert werden. „Förderstätten bieten erwachsenen Menschen mit schwerer und mehrfacher Behinderung einen weiteren Lebensraum an. Aufgrund ihrer Beeinträchtigung können sie nicht, noch nicht oder nicht mehr die Werkstatt besuchen. Wir unterstützen diese wichtige Einrichtung, da so auch Menschen mit schwerer oder mehrfacher Behinderung am Leben in der Gemeinschaft teilhaben können. Dass der Bezirksausschuss den Bedarf für die 24 zusätzlichen Förderstättenplätze einstimmig anerkannt hat, ist ein bedeutendes und sehr erfreuliches Zeichen“, gibt Bezirksstagspräsident Henry Schramm bekannt. Durch den geplanten Neu-

bau der Förderstätte mit erweiterter Kapazität werden sich auch die Ausgaben des Bezirks in diesem Bereich erhöhen. Neben einem einmaligen Investitionskostenzuschuss, dessen Höhe noch im Detail festzulegen ist, dürfte sich das Pflegesatzvolumen um jährlich etwa 480 000 Euro erhöhen.

Das zum Jahresbeginn in Kraft getretene neue Bundesgesetz soll deutschlandweit etwa 20 000 zusätzliche Stellen für Pflegehilfskräfte in den Pflegeheimen schaffen. Durch die neuen Stellen sollen die Bewohner von Pflegeheimen von zusätzlichen Unterstützungsleistungen durch Pflegehilfskraftpersonal profitieren. Bezahlt werden soll dies durch sogenannte Vergütungszuschläge, die alleine die Pflegekassen zu tragen haben, sodass pflegebedürftige Menschen nicht zusätzlich belastet werden. Allerdings haben nur Pflegeversicherte Anspruch auf diese zusätzlichen Leistungen. Für pflegebedürftige, die nicht pflegeversichert sind und zugleich auf Leistungen der Hilfe zur Pflege durch den Bezirk angewiesen sind, sieht das Bundesgesetz keinen entsprechenden Vergütungszuschlag vor, sodass sie – nach den gesetzlichen Regelungen – auch keine zusätzlichen Unterstützungsleistungen erhalten würden.

Aus sozialpolitischen Gründen haben sich die Bezirke in der Landespflegegesetzkommission einhellig dafür ausgesprochen, entsprechende Vergütungszuschläge – im Rahmen freiwilliger Leistungen – auch an nicht versicherte Menschen zu gewähren. „Wir wollen keine Leistungsberechtigten erster und zweiter Klasse. Damit auch in Zukunft allen Leistungsempfän-

gern der vollstationären Hilfe zur Pflege die gleichen Leistungen gewährt werden, übernehmen wir freiwillig die Mehrkosten für die nicht pflegeversicherten Menschen. Die damit verbundenen Ausgaben werden sich auf etwa 70 000 Euro im Jahr belaufen“, erklärte Bezirksstagspräsident Henry Schramm.

Planung eines Pflegestützpunkts im Landkreis Forchheim

Pflegestützpunkte bieten eine kostenlose Beratung zu allen Themen rund um die Pflege an. In Oberfranken soll neben dem Pflegestützpunkt in Coburg nun auch in Forchheim ein entsprechendes Angebot entstehen. Der Landkreis Forchheim will hierzu 1,5 Vollzeitkräfte anstellen. Die jährlichen Gesamtkosten sollen zu einem Drittel von den Pflegekassen, einem Drittel von den Krankenkassen und einem Drittel von den kommunalen Trägern getragen werden. Der Bezirksausschuss stimmte einer hängigen Beteiligung am kommunalen Finanzierungsanteil zu. Letztlich wird sich der Bezirk so mit einem Sechstel oder etwa 25 500 Euro pro Jahr an den Kosten des neuen Pflegestützpunkts in Forchheim beteiligen.

Der Bezirksausschuss stimmte dem Neubau einer Maschinen- und Mehrzweckhalle auf dem Gelände der Landwirtschaftlichen Lehranstalten in Bayreuth zu. Die Halle wird anstelle eines Stallgebäudes errichtet, das Anfang des letzten Jahrhunderts ge-

baut wurde und den heutigen Anforderungen nicht mehr entspricht. Der geplante Hallenneubau wird eine Grundfläche von etwa 60 x 16 Meter aufweisen, wobei ein etwa sechs Meter breites Hallenteil an die OMI GmbH vermietet werden soll. Die OMI GmbH ist die gewerbliche Tochtergesellschaft der Maschinenring Bayreuth-Pegnitz, Kulmbach und Fränkische Schweiz. Der Hallenneubau soll insgesamt etwa 440 000 Euro kosten. „Hiermit wird die erfolgreiche Zusammenarbeit zwischen dem Maschinenring und dem Bezirk weiter gestärkt. Dies ist für beide eine Win-win-Situation“, ist sich der Präsident sicher.

Im Rahmen der Sitzung befürwortete der Bezirksausschuss eine Mitgliedschaft des Bezirks Oberfranken bei der Akademie für Neue Medien in Kulmbach. Die in Oberfranken einmalige Akademie bietet Aus- und Weiterbildung von Journalisten, Seminare für Führungskräfte, Mitarbeiter*innen und Freischaffende sowie deutschlandweite Inhouse-Schulungen und Online-Seminare an.

Des Weiteren gab Bezirksstagspräsident Henry Schramm bekannt, dass durch Änderungen des Kommunalrechts die Voraussetzungen für einen Feriensausschuss und einer audiovisuellen Teilnahme an Sitzungen der Beschlussgremien (sogenannte Hybrid-Sitzungen) beim Bezirk gegeben sind. Die genaue Vorgehensweise dieser Thematik wird mit den Vorsitzenden der Bezirksstagsfraktionen und Vertretern der übrigen im Bezirkstag vertretenen Parteien besprochen und abgestimmt. > BSZ

JETZT VON 9 BIS 24 UHR ERREICHBAR

Seit heute, 1. April 2021, erweitert sich die Erreichbarkeit des Krisendienstes Oberfranken: Unter der kostenfreien Telefonnummer 0800 655 3000 kann man täglich von 9 bis 24 Uhr unbürokratisch und anonym anrufen. „Seit 1. März ist auch bei uns in Oberfranken der Krisendienst über eine bayernweit einheitliche Rufnummer erreichbar. Mit diesem

Angebot möchten wir frühzeitig Unterstützung leisten – vor allem auch an Abenden, Wochenenden und Feiertagen. Denn in einer seelischen Krise hilft es, wenn jemand zuhört, nachfragt und mit fachlicher Kompetenz beratend zur Seite steht“, unterstreicht Oberfrankens Bezirksstagspräsident Henry Schramm. > BSZ